

Unwiderruflichen Schaden abwenden

Der von Russland begonnene Krieg erschüttert uns zutiefst. Unermessliches menschliches Leid wird durch Russland mit seinem Angriffskrieg in die Ukraine und nach Europa getragen. In dieser Situation müssen wir alle eng zusammenstehen: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie unterstützt die klare Haltung und die Sanktionen der Bundesregierung und der EU. Und wir unterstützen die Position, dass wir alles tun müssen, was hilft, diesen Krieg und das damit verbundene Leid zu beenden. Gleichwohl werden die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs immer deutlicher, auch in Deutschland: Unser Land steht vor der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.

Als chemisch-pharmazeutische Industrie leisten wir gemeinsam mit unseren 530.000 Beschäftigten in rund 1.900 Unternehmen in vielfältiger Form aktive Hilfe. Ob Spenden, Produktlieferungen, Freistellungen und vieles mehr: Das Engagement ist wie überall im Land gewaltig. Unsere Hauptverantwortung sehen wir aber in der Stabilisierung der lebenswichtigen Produktionsnetzwerke.

Was die Folgen eines kurzfristigen Endes des Gasbezugs aus Russland angeht, geht es nicht um eine Frage von Einschätzungen. Hierzu haben wir eine klare Faktenlage: Es droht ein katastrophaler Zusammenbruch unserer Produktionsnetzwerke. Alle Bewertungen, wonach nur ein moderater Einfluss auf die deutsche Wirtschaft und die Gesamtgesellschaft zu erwarten sei, unterschätzen massiv die Sekundär- und Tertiäreffekte. Die chemisch-pharmazeutische Industrie ist die Basis fast aller Wertschöpfungsketten. Es geht also nicht um einige Wochen „Frieren für den Frieden“, sondern um eine massive Beschädigung der größten Stärke Deutschlands auch und gerade in internationalen Konflikten: unserer wirtschaftlichen Kraft.

Damit gilt für unsere Branche – bei aller ehrlichen emotionalen Betroffenheit – die rationale Abwägung, dass der positive Effekt eines Gasembargos nicht sicher ist, während der massive Schaden für die deutsche Industrie und damit für das Industrieland Deutschland sicher eintreten wird: Ein solches Embargo schadet leider uns mehr als Putin. Wir unterstützen deshalb die Bundesregierung in ihrer Position, auf ein einseitiges Gasembargo zu verzichten.

Diese Zeitenwende erfordert kluges Handeln und eine schnelle Umsetzung. Nachfolgend finden Sie unsere industriepolitischen Vorschläge. Sprechen wir darüber.

Wolfgang Große Entrup

Hauptgeschäftsführer und Mitglied des VCI-Präsidiums



Unser Fünf-Punkte-Sofortprogramm

Die Zeitenwende, die wir vor vier Wochen erlebt haben, macht schnelles und entschlossenes Handeln notwendig. Nur so sind die schwerwiegendsten Auswirkungen der Wirtschaftskrise abzufedern. Dazu schlagen wir ein Fünf-Punkte-Sofortprogramm vor.

● Staatliche Belastungen auf Energie streichen

Neben einem Verzicht auf ein Gasembargo zur Absicherung unserer Versorgung benötigen unsere Unternehmen bezahlbare Preise. Aus diesem Grund sollte die Bundesregierung kurzfristig sämtliche nationalen staatlichen Belastungen auf Energie aussetzen.



● Maximales Tempo bei Genehmigungen



Um zügig unabhängiger von russischen Energie- und Rohstofflieferungen zu werden, müssen die dafür relevanten Projekte der Infrastruktur, Energie und Industrie unmittelbar gebaut werden. Dazu ist die geplante Beschleunigung von Genehmigungsverfahren schnellstens auf den Weg zu bringen. Aber auch das dauert zu lange, um die wichtigsten Investitionsprojekte in der erforderlichen Kürze umzusetzen. Ähnlich wie bei Tesla sollte deshalb unmittelbar und schon vor der endgültigen Genehmigung mit dem Bau von definierten Projekten

begonnen werden können. Notwendige LNG-Terminals, Pipelines, Windkraft- und Industrieanlagen dürfen nicht auf Stempel warten. Bei diesen fest definierten Projekten muss das finanzielle Risiko einer eventuellen Nichtgenehmigung nach Fertigstellung vom Staat übernommen werden.

● Landwirtschaftliche Erträge steigern

In der Landwirtschaft müssen wegen dramatisch ausfallender Getreidelieferungen der Ukraine und Russland alle Länder – auch Deutschland – dazu beitragen, eine globale Ernährungs- und Energiekrise zu vermeiden. Dazu gehört über die EU-Vorschläge hinaus jetzt die kurzfristige aktive Unterstützung der Landwirtschaft und die maximale Flächennutzung für den Anbau von Nahrungsmitteln. Flächenstilllegungen müssen in der Krise ausgesetzt werden. Die Düngemittelproduktion muss sichergestellt werden. Auch dazu ist der Zugang zu Gas notwendig. Außerdem müssen Landwirte kurzfristig beim Kauf von Düngemitteln unterstützt werden.



● Zukunftsscheck bei Gesetzesinitiativen



Alle Gesetzesinitiativen, die in dieser Extremsituation die Wirtschaft und insbesondere den Mittelstand betreffen, müssen ergebnisoffen auf den Prüfstand. Initiativen, die Unternehmen vor allem

im Mittelstand unterstützen und den Standort stärken, müssen höher priorisiert werden. Maßnahmen, die angesichts einer drohenden Wirtschaftskrise von den Unternehmen nicht geschultert werden können, müssen einer dringenden Prüfung unterzogen werden und sind, wenn nötig, zu verschieben oder ad acta zu legen.

● Verwerfungen der Industriestruktur verhindern

Besonders der energieintensive Mittelstand leidet unter den dramatisch gestiegenen Energiepreisen. Dieser gewaltige exogene Schock führt schon jetzt für viele an sich kerngesunde mittelständische Unternehmen zu massiven Schwierigkeiten oder sogar zur Insolvenz. Eine Insolvenzwelle im Mittelstand würde zu einer massiven Veränderung und Schwächung der Industriestruktur führen. Diese oft seit Generationen familiengeführten Unternehmen werden nach dem Krieg nicht wieder zurückkehren. Ein dauerhafter Wohlstands- und Wachstumsverlust wäre vorprogrammiert. Deshalb muss der Bund kurzfristig finanzielle Überbrückungshilfen zur Verfügung zu stellen, um einer dauerhaften Schwächung der industriellen Basis zu begegnen. Diese Überbrückungshilfen sollten an klare Kriterien, wie die Betroffenheit von den dramatisch gestiegenen Energiekosten, Ausfall von Lieferketten oder Betroffenheit von den Sanktionen, geknüpft werden.



Impressum

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e. V., Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt am Main, vci@vci.de, www.vci.de, twitter.com/chemieverband
Redaktionsschluss 25. März 2022 **Verantwortlich** Jenni Glaser **Agenturpartner** Köster Kommunikation, GDE